

Karfreitag

It's bis heute nicht geliebet,
Wie es damals schon geschah,
Da die Welt das größte Lieben
Schlug aus Kreuz von Golgatha,
Da die wild gewordenen Massen
Unsern Götzen bespöhten,
Denn geküßt und durch die Gassen
Wollt ihr „Kreuzigt!“ schreien.

Ram' der Heiland zu und nieder
Einmal noch in unsrer Not,
Nana' die größte Liebe wieder
Dort am Kreuz in Qual und Not.
Die ihm dort die Dornenkrone
Aufgedrückt und ihn bespöhten,
Schrien erneut in gelbem Schone
Wollt ihr „Kreuzigt! Kreuzigt ihn!“

Welch' ein Abgrund in den Herzen!
Och, der ihn ans Kreuz einst schlug,
Und die Liebe, die in Schmerzen
Fremde Sünden schuldlos trug.
Och, der tierisch erdgebunden
Lästert bis zum heutigen Tag,
Und die Liebe, die in Wunden
Und in Qual „Vergib!“ noch sprach!

Ucht des Himmels unerfassen,
Das das düst're Kreuz umschwebt:
Die da hängen, und verhasst,
Aber Jesus Christus lebt!
Aus des Todes dunklen Tale
Kam das Kreuz ins Gottesland,
Und der Dornenkrone Male
Sind des Himmels Unterpfand!
Felig Leo Böderig.

Unbefüllte Hoffnungen

Wieder 3500 Arbeitslose mehr

Die Hoffnung, daß Anfang März der winterliche Höchststand der Arbeitslosigkeit in Sachsen überschritten werden würde, hat sich nicht erfüllt. Verschiedene ungünstige Einflüsse wirkten noch auf den Arbeitsmarkt ein. Das anhaltende Frostwetter hemmte die Einstellungen in den Außenberufen. Die unsicheren innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland verhinderten den Eingang von Auslandsaufträgen in den Produktions- und Verbrauchsgüterindustrien. Schließlich ließen die Zollmauern der Abhängländer mit unverminderter Stärke auf bestimmen für Sachsen sehr wichtigen Industriegruppen. Aus allen diesen Gründen ist es erklärlich, daß die Zahl der Arbeitsuchenden von Ende Februar bis Mitte März noch um rund 3500 auf 725 396 angestiegen ist. Von der Steigerung wurde der männliche und weibliche Arbeitsmarkt fast in gleicher Weise betroffen.

In der Bewegung der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Arbeitslosenversicherung ein weiterer Rückgang von 185 735 am 29. Februar auf 176 564 am 15. März eingetreten, der vorwiegend auf Aussteuerungen beruhen dürfte. Durch fortschreitende Ueberführungen in die Krisenunterstützung vollzog sich dort eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger während der Berichtszeit von 181 177 auf 184 324, so daß nunmehr die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung wieder beachtlich über dem Stand der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung liegt.

Tagung des Neuen Sächsischen Lehrervereins.

Leipzig, 24. März.

Der Neue Sächsische Lehrerverein hielt hier seine Vertreterversammlung ab. In seiner Begrüßungsansprache führte Oberlehrer Born-Dresden aus, der NSLV wolle treuer Helfer sein am Schulaufbau und -ausbau, er fordere das Verhältniswahlrecht für die Selbstverwaltungskörper. Der NSLV verlange die Wiedereinführung der Zensuren in Aufmerksamkeit und Ordnungsliebe und auch der Michaeliszensuren.

Universitätsprofessor Dr. Bergmann-Weipzig sprach über „Ultramontanismus und deutsches Bildungsideal“ und führte u. a. aus: Während der Marxismus eine zeitbedingte weltanschauliche Erkrankung ist, entpuppt sich politisch der Ultramontanismus als jahrhundertalte deutschfeindliche Machtposition der Völkerverrechnung, von Rom dirigiert und die Religion zu ihrem Zweck benutzend. Ultramontanismus ist nicht eine katholische Religion; nicht der niedere Priester ist der Feind, sondern die Kurie. Deutschland ist das Hauptmissionsgebiet Roms. Die kulturgeschichtliche Struktur der Kirche ist nicht rein christlich, sondern zeigt Elemente aus dem persischen Mythos (Fegefeuer, Weihwasser, Messopfer, Liturgie in fremder, dem Volk unverständlicher Sprache), Anklänge an Dalai-Lama (Papst ist der Vertreter Gottes auf Erden) und Cäsarismus (Unfehlbarkeit, internationaler Monarchismus). Die katholische Kirche sei höchster Erziehungsberechtigter, die Familie erziehe im Auftrage der Kirche, der Staat habe nur die äußeren Bedingungen für die Erziehung zu schaffen, nicht aber zu erziehen, nicht einmal zum Vaterlandsgedanken. Das Objekt der ultramontanen Erziehung sei der Mensch im Bann seiner Erbsünde. Aus der Betrachtung des natürlichen, des stitlichen und religiösen Menschen leitet Prof. Bergmann die Grundzüge für eine deutsche Nationalerziehung ab. Das Subjekt der Erziehung sei nach deutscher Auffassung die Familie als Heiligtum, der Volksstaat und in letzter Linie die deutschfeindliche christliche Kirche. Erziehung zum Nationalidealismus bezeichnete der Redner als das Gebot der Stunde im Sinn des Fichteschen Wortes: „Du bist nichts, dein Volk ist alles“.

Evangelischer Reichs-Elterntag in Potsdam.

nd. Berlin. In der Osterwoche, vom 1. bis 3. April, hält der Evangelische Reichs-Elternbund, die große Organisation der Elternbewegung, in Potsdam unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär a. D. Dr. Conze keine Jahres-

Der Reichsarbeitsminister zur Frage der Tarifverträge

nach dem 30. April 1932.

1) Berlin. Zu der Notiz einer großen Berliner Tageszeitung, wonach in Aussicht genommen sein soll, die Laufdauer der Lohnverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium daraufhin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Ründigungsbestimmung der Lohnverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums.

Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die vierte Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert.

Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der Löhne dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne oder Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeidbare Beanspruchung durch Tarifkündigungen unterbleiben. Soweit Änderungen erforderlich sind, sollten die Verhandlungen der Beteiligten baldmöglichst eingeleitet werden, um auch von der Lohnseite die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung zu schaffen.

tagung ab. In der ersten öffentlichen Vertreterversammlung spricht Synodal-Präsident Hauptpastor D. Dr. Schöffel-Sambura über das Thema „Deutsches Volkstum und evangelische Schule“. Daran schließen sich geschlossene Vertreter- und Fachtagungen, die sich mit der schulpolitischen Lage und mit aktuellen Einzelfragen der Schul- und Kulturpolitik, so u. a. mit dem Einbruch von Freidenkertum und Jellenbewegung in die Schulschranke beschäftigen werden. In einer Fachtagung wird die kritische Lage der Jugendwohlfahrtspflege erörtert werden. Am Sonntag, dem 3. April sind in allen Potsdamer Kirchen Festgottesdienste vorgesehen. Mittags 12 Uhr findet unter der Leitung „Wir kämpfen für ein neues Geschlecht“ im Potsdamer Lustgarten eine öffentliche Kundgebung statt, bei der Generalsuperintendent D. Dr. Dibelius sprechen wird.

Verlängerung des Maisgesetzes auch vom Reichsrat gebilligt.

* Berlin. Der Reichsrat stimmte am Mittwoch abend der Verordnung zu, durch die das Maisgesetz um zwei Jahre verlängert wird, nachdem bereits vorher der volkswirtschaftliche Ausschuss seine Zustimmung zu dieser Verlängerung gegeben hatte. Die Verordnung kann nunmehr am 1. April in Kraft treten.

Von den Reichsratsausschüssen ist in der Vorlage nur das Konkursprivileg für die Ansprüche der Reichsmarkstelle geurteilt worden. Diese Änderung hatte der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages bereits berücksichtigt. Die Ausschüsse des Reichstages waren in ihrer überwiegenden Mehrheit der Auffassung, daß sowohl vom agrarpolitischen, wie vom handelspolitischen Standpunkt aus an dem Maismonopol festzuhalten sei.

Für die nächste Sitzung des Reichsrats ist der 14. April in Aussicht genommen.

Zahlungseinstellung der Industrie- und Privatbank.

* Berlin. Die W.B.-Handelsbank erfährt, hat die am Michael-Rosner gehörende Industrie- und Privatbank seitern ihre Zahlungen eingestellt und das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Die Vorkonkurrenzen des Unternehmens sollen dem Vernehmen nach nicht sehr umfangreich sein. Vor einigen Tagen hat die Bank bereits die Borsenarten dem Vorstand der Berliner Börse zurückgegeben.

Der Deutsche Beamtenbund zu Währungs- und Kreditfragen.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes faßte in seiner letzten Sitzung an den Währungs- und Kreditfragen folgenden Beschluß:

„Der Deutsche Beamtenbund hat in erster Linie praktische Wirtschaftspolitik im Interesse der Beamten zu betreiben, die darauf gerichtet sein muß, die Reallohnkraft des Beamten Einkommens zu erhalten und zu verbessern. Bei aller Notwendigkeit, die verschiedenen währungs- und kreditpolitischen Pläne, von welcher Seite sie auch kommen, zu beobachten, kann es nicht Aufgabe des Deutschen Beamtenbundes sein, in theoretischen Erörterungen zu Einzelreformen jeweils sofort Stellung zu nehmen und sich bestimmte Forderungen an eigen zu machen.“

Grundsätzliche Einstellung bei allen Währungsreformplänen muß sein, alle Bestrebungen von vornherein abzulehnen, die eine Entwertung der Einkommen, insbesondere aus der Erparnisse zur Folge haben, sei es unmittelbar oder in irgendeiner mittelbaren Form.“

Landtagswahlen in Anhalt am 24. April.

* Dessau. Das anhaltische Staatsministerium hat den Termin für die anhaltischen Landtagswahlen nunmehr endgültig auf den 24. April festgesetzt. Sie werden somit an demselben Tage wie die Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württemberg stattfinden.

Der 13. Jahrestag der Gründung der faschistischen Kampfbünde.

* Rom. Anläßlich des 13. Jahrestages der Gründung der ersten faschistischen Kampfbünde in Mailand im Jahre 1919 hatten alle Städte Italiens am Mittwoch geflaggt. In Rom brachten die faschistischen Verbände dem Duce vor dem Palazzo Venezia eine feierliche Kundgebung dar. Mussolini trat auf den Balkon heraus und richtete einige Worte an die Menge. Der Winter, so sagte er u. a., ist vorüber, und damit die schwerste Zeit für alle. Im nächsten Winter werde es mehr Arbeit und mehr Unternehmungen geben. Die Lösung heiße heute: Durchhalten bis zum Siege, das heißt, bis das faschistische Italien seine höchste Kraft erreicht habe.

Im übrigen sind in der letzten Zeit vereinzelte Zweifel geäußert worden, ob nicht Tarifverträge, die zu ihrem Ablauf der Kündigung bedürfen, auch wenn diese nicht erfolgt, gleichwohl auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mit dem 30. April 1932 von selbst ablaufen. Diese Zweifel sind, wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, nach Wortlaut und Zweck der fraglichen Vorschriften der Notverordnung nicht berechtigt. Danach laufen Tarifverträge nur dann mit dem 30. April ab, wenn sie nicht auf längere Dauer abgeschlossen sind. „Auf längere Dauer“ — nämlich für unbestimmte Zeit — sind aber auch solche Tarifverträge abgeschlossen, die nach ihrem Inhalt zum Ablauf der Kündigung bedürfen.

Das Reichsarbeitsministerium nimmt ferner an, ohne damit der arbeitsgerichtlichen Entscheidung im Einzelfalle vorgreifen zu wollen, daß Kündigungen von Lohn- und Gehaltsverträgen, die vor dem Inkrafttreten der Notverordnung, also vor dem 8. Dezember 1931, abgeschlossen und später nicht wiederholt wurden, mit Rücksicht auf die durch die Vorschriften der Notverordnung anwendbar veränderte Lage nicht mehr als wirksam angesehen werden können, falls nicht besondere Umstände, wie die Tatsache, daß der Tarifvertrag nur einmal jährlich gekündigt werden kann, ausnahmsweise eine andere Auffassung bedingen.

Auflösung der Hamburser Bürgerwehr.

* Hamburg. Nach teilweise außerordentlich hitzigen Debatten in der Räterepublik wurde gestern der nationalsozialistische Auflösungsantrag mit den Stimmen aller anwesenden 148 Abgeordneten angenommen. Der weitere Auflösungsantrag der Nationalsozialisten, die Auflösung auf den 8. Mai festzusetzen, wurde, da die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht erreicht wurde, abgelehnt. Danach bleibt es also verfassungsmäßig dem Senat überlassen, den Wahltermin festzusetzen, und es ist anzunehmen, daß der Senat die Wahlen ebenso wie bei den anderen Landesparlamenten auf den 24. April festlegen wird.

Der ungarische Außenminister über den Donauplan.

* Budapest. Im 22. Landesamtstag erhaltete gestern Außenminister Dr. Ballo Bericht über seine durch den Donauplan veranlaßten jüngsten Besuche in Rom, Genf und Paris. Er erklärte, Ungarn interessiere der Plan wirtschaftlich, verkehrspolitisch und finanziell.

Die wirtschaftliche Struktur des Donaubens sei nicht mehr die gleiche wie vor dem Kriege, was Ungarn veranlaßt habe, auch außerhalb der Nachbargstaaten Märkte für seine landwirtschaftlichen und industriellen Produkte zu suchen. Es sei gewiß, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Donaustaaten für keines der wirtschaftlichen Probleme Ungarns eine volle Lösung bringen könne, doch ebenso sehr es außer Zweifel, daß dadurch auf mehreren Gebieten ernste Vorteile zu erzielen seien. Auf diese hätte Ungarn nicht verzichtet, wenn es zur Orientierung nach anderen Märkten auch weiterhin freie Hand behalte. Ungarn könne auf die Entwicklungsmöglichkeiten nicht verzichten, die ihm der norditalienische, schweizerische, französische, deutsche und polnische Markt zu bieten vermöge.

Unzweifelhaft würden Ungarn durch seine zentrale Lage Vorteile aus dem zunehmenden Durchgangsverkehr.

Außerordentlich wichtig sei die möglichst baldige Aufhebung der Beschränkungen in der Devisenbewirtschaftung, wovon nicht nur für die fünf Donaustaaten, sondern für ganz Europa eine wirtschaftliche und finanzielle Belebung erwartet werden könne. Der Minister verwies sodann auf die Gründe, die den Beginn der Verhandlungen verzögern, so die Einigung der Großmächte untereinander, die französischen und deutschen Wahlen im April, die Lausanne-Reparationskonferenz im Juni, ferner die britische Reichskonferenz in Ottawa. Es sei außerordentlich wichtig, daß das Wirtschaftsproblem der Donaustaaten in Zusammenhang mit den europäischen Finanzfragen gelöst werden könne, denn dadurch werde verhängt, daß die für die Probleme Mittel- und Osteuropas entstandene Aufmerksamkeit der Großmächte in keinerlei politischer Konzeption vollständig erlöschen könne. Oben darauf habe die ungarische Regierung von allem Anfang an die Anregung Tardius mit Sympathie aufgenommen. Durch das Aufwerfen dieser Probleme sei man offenbar in das erste Stadium zur Regelung der allgemeinen Wirtschaft- und Finanzlage, ja vielleicht einer dauernden Lösung, gelangt.

Die Danziger Regierung

über die wirtschaftliche Annäherung Europas.

* Genf. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht heute die Stellungnahme der Regierung der Freien Stadt Danzig zu der Frage einer wirtschaftlichen Annäherung Europas.

Diese Frage bildet, wie mehrfach berichtet wurde, den Gegenstand einer Untersuchung der Europäischen Studienkommission. Die Regierung war aufgefordert worden, dazu Stellung zu nehmen.

Die Denkschrift der Danziger Regierung geht sehr ausführlich auf die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise in Europa ein. Sie behandelt in diesem Zusammenhang auch die verheerenden Wirkungen der politischen und sonstigen Schulden auf das Wirtschaftsleben und äußert sich zu den heute wieder besonders akut gewordenen Fragen der Präferenzbehandlung und des landwirtschaftlichen Kreditmarktes. Zum Schluß wird betont, daß die Frage einer europäischen Kolonisation noch nicht spruchreif sei.

Die polnische Regierung hat die Denkschrift mit einer Einleitungsnote versehen, worin erklärt wird, daß die polnische Regierung die Ansichten der Danziger Regierung nicht teile, da die Auffassungen der Denkschrift auf der Annahme einer Wirtschaftsgemeinschaft Danzigs und Deutschlands beruhten, einer Annahme, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspreche.

Angebetene Gäste

London, 24. März.

Die Behörden an der englischen Küste sind beauftragt worden, dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten W. J. Z. z. n. b. g. und dem französischen Schriftsteller Henry Barbusse die Einreise zu verweigern. Beide sollten gestern Abend auf einer kommunistischen Versammlung in London sprechen, die von der „Internationalen Arbeiterhilfe“ unter dem Titel „Demonstration gegen Hunger und Kriege“ veranstaltet wurde.

März
TERN,
er trifft,
ager den
sistertitel.
ranz
ahne
geschlagen
r-Quelle
n.
terfest
eten
e von
Leipzig
lagen.
hestr. 55
annon
acht-
a Ski-
milien-
Uhr.
Dehda.
hda.
Ergebenft
er Wirt.
lung!
r jeden
n kann
1.50
4.90
9.-
4.90
1.90
tüge ein-
od. 18.-
Anzuges
gratis!
ng
ORN
.85.
e
tees
alitäten
1.-M.
öba
angs-
sa.
a findet
ab im
pner die
fung
dehakt.
und die
belehnd.
chllmar,
refente
geladen.
werden
vom
ewiesen.
schuh.
Pori.
n.